

Jusos beklagen Regensburger Filz und Vetternwirtschaft

Die Jusos Regensburg kritisieren die zweifelhaften Umstände um den Verzicht von 252.000 Euro Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Regensburg gegenüber Herbert Schmalhofer, Wirt des Bischofshof am Dom.

Der Zeitpunkt des Schuldenerlasses ist mehr als fragwürdig. Warum dieses brisante Thema nur vom Ferienausschuss in der Urlaubszeit beraten und beschlossen wurde, bleibt für die Jungsozialisten weiterhin ein Rätsel.

„Das Verhalten in diesem Fall erinnert nicht an Transparenz und lebendige Demokratie, sondern an Filz und Vetternwirtschaft“, sagt Tobias Afsali, Vorsitzender der Jusos Stadtverband Regensburg. Die ungewöhnlich kleinlauten Vorgehensweise der Stadtpolitik ist jedoch kein Zufall. Immerhin steht Schmalhofer seit 1996 in der Schuld. Dass dies Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU) nicht gewusst haben soll, halten die Jusos für ein großes Märchen.

„Die Fraktionssitzungen der CSU finden seit Jahren in Schmalhofers Edelhotel statt. Man kennt sich sehr gut. Da ist es naheliegend, dass man alles Mögliche versucht, um die negativen Folgen abzumildern“, erklärt Markus Zaglmann, stellvertretender Vorsitzender der Jusos Unterbezirk Regensburg.

Darüber hinaus kritisiert die SPD-Jugend das unmoralische Geschäftsgebaren der Familie Schmalhofer, die sich durch eine trickreiche Vermögensumschichtung gestundeten Steuerschulden entzieht. Auch wenn angeblich rechtlich alles im Rahmen des Erlaubten sei, haftet am Namen Schmalhofer ein Hauch von Betrug.

Das gewissenlose Verhalten der CSU wird einmal mehr dadurch bestätigt, dass deren Sitzungen weiterhin im Schmalhofers Bischofshof am Dom stattfinden. Die Jusos fordern die CSU auf, sich um einen neuen Veranstaltungsort zu bemühen. Alles andere ist Hohn und Spott für die Regensburger Gewerbetreibenden.

Sebastian Koch, Vorstandsmitglied der Jusos Unterbezirk Regensburg, ergänzt hierzu: „Mit den entgangenen Steuereinnahmen hätte man viele sinnvolle Projekte, wie die aktuelle FOS/BOS-Debatte zeigt, voranbringen können. Daher muss die Stadt die Widerrufsmöglichkeiten des Vergleichs genau prüfen. Sollte Schmalhofer keine oder nur geringe Schulden gegenüber anderen Gläubigern gehabt haben, könnte dieser Widerruf unter Umständen Erfolg haben. Die Rathauskoalition darf aufgrund der schlechten Finanzlage keiner Mövenpick-Mentalität verfallen.“